

Protokoll der		Datum: 25. - 26. Mai 2018
CED-VOLLVERSAMMLUNG		Veranstaltungsort: Hilton Tallinn Park Hotel, Fr. R. Kreutzwaldi 23, 10147 Tallinn, Estland
		Beginn: 09:00 Uhr Ende: 17:00 Uhr
Vorsitz		Dr. Marco Landi, CED-Präsident
Teilnehmer		Siehe Teilnehmerliste in der Anlage
Vertreterinnen des Brüsseler Büros		Lea Pfefferle und Kathy Sauvage
1. Begrüßung, Beschlussfähigkeit und Entschuldigungen		Berichterstatte: Marco Landi
Arbeitsdokument	Teilnehmerliste	
Begrüßt die Teilnehmer. Die polnische Delegation lässt sich entschuldigen. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.		
2. Grußwort		Berichterstatte: Marco Landi
Der Präsident dankt dem estnischen Zahnärzteverband für den herzlichen Empfang und die Organisation.		
3. Annahme der Tagesordnung		Berichterstatte: Marco Landi
Die Vollversammlung nimmt die Tagesordnung an.		
Nico Diederich	Bittet um Klarstellung der Reihenfolge der Diskussion über die Satzung und die Geschäftsordnung auf der Tagesordnung. Der Präsident stellt klar, dass die Satzung zuerst erörtert wird.	
4. Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Vollversammlung		
Arbeitsdokument	• Protokoll der CED-Vollversammlung vom 17. November in Brüssel (CED-GM-M-2017-02-E/D/F)	
Es geht eine Stellungnahme zu der französischen Übersetzung ein. Der Sachverhalt wird korrigiert. Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.		
5. Bericht des Präsidenten		Berichterstatte: Marco Landi
Arbeitsdokument	• Strategie des CED-Vorstands (CED-DOC-2018-005-E)	
Berichtet über a) den Fortschritt bei der Erarbeitung der Strategie des CED-Vorstands und die wichtigsten Prioritäten der Strategie; b) das Budget Reference Committee; c) die Zusammenlegung mehrerer Arbeitsgruppen; d) den Beginn der Zusammenarbeit mit der FEDCAR im Bereich Ausbildung in ganz Europa; e) die Einladung der zyprischen Zahnärzteverbandes zum Festakt anlässlich des 50-jährigen Bestehens.		
6. Bericht des Brüsseler Büros		Berichterstatte: Lea Pfefferle
A) Stellt eine neue Mitarbeiterin vor, Nikoleta Armaudova (Mutterschaftsvertretung); b) informiert über den Stand der Vorbereitungen für den Umzug des CED-Büros an den neuen Standort und die Vorteile der neuen Räumlichkeiten; c) erörtert politische Entwicklungen auf EU-Ebene, u.a. den Brexit, den EU-Haushaltsentwurf und die nächste Ratspräsidentschaft; d) erinnert die Mitglieder an die wichtigsten Punkte der Vollversammlung und teilt mit, dass die aktualisierten Dokumente nach der Vorstandssitzung versendet worden seien; e) ruft die Mitglieder dazu auf, über die Vollversammlung zu twittern.		
Präsident	Verweist auf die moderne technische Ausstattung des neuen Büros, die den Mitgliedern die Teilnahme an Online-Sitzungen erleichtern werde und lädt die Mitglieder zu einem Besuch des neuen Büros ein, nachdem der Umzug abgeschlossen ist.	

7. Änderung der Satzung und der Geschäftsordnung des CED		Berichterstatte: Marco Landi
Arbeitsdokument	• Geschäftsordnung des CED (CED-DOC-2018-002-E/D/F) • Satzung des CED (CED-DOC-2018-001-REV3-E/D/F)	
Der Präsident erklärt, dass der Vorschlag nicht nur eine Reaktion auf den Brexit sei, sondern auch das Ergebnis der Risikobewertung und der Strategiegelgespräche, die der Vorstand in den vergangenen Monaten geführt habe, der die Änderungen in der EU in einem breiteren Kontext sehe. Eines der Ziele sei die Notwendigkeit, die Rechte von Mitglieds- und Beobachterländern neu auszutarieren (von den CED-Beobachterländern wurden keine Anträge gestellt). Es sei die Pflicht des CED-Vorstandes, proaktiv zu handeln und den CED an die Anforderungen eines modernen Berufsstandes und an die Art und Weise anzupassen, wie Gesundheitspolitik und die Politik, die den zahnärztlichen Berufsstand betrifft, in Brüssel gemacht werde. Der Präsident erklärt, dass der Vorstand den auf der Vollversammlung im November 2017 erörterten Zeitplan befolgt habe. In der ersten Runde seien drei Stellungnahmen eingegangen (von Portugal, Polen und Belgien). Der Vorstand habe diese Vorschläge erörtert und im April seinen Beschluss zusammen mit dem zweiten Entwurf an alle Mitglieder übermittelt. In einer zweiten Runde seien Stellungnahmen von Polen und Großbritannien eingegangen und auf der Vorstandssitzung vor dieser Vollversammlung erörtert worden. Entsprechend den vorherigen Stellungnahmen des Vorstandes zu diesen Sachverhalten seien die Vorschläge nicht angenommen worden. Zudem sei beim Vorstand ein Schreiben des kroatischen Zahnärzterverbandes eingegangen, in dem eine Vertagung der Entscheidung beantragt werde und Dr. Pezo darlege, dass die kroatische Delegation ausführlichere Erläuterungen der verschiedenen Mitgliedskategorien wünsche. Die Delegierten würden Zeit haben, den Antrag auf dieser Vollversammlung zu erörtern. Der Präsident geht die verschiedenen Mitgliedskategorien durch und verweist auf Folgendes: Der Vorschlag berührt nicht die Rolle der CED-Vollmitglieder, die EU-Mitgliedstaaten vertreten müssen. Assoziierte Mitglieder, die Länder vertreten, die von der EU-Gesetzgebung stark betroffen sind, zahlen den vollen Mitgliedsbeitrag und haben Anwesenheits- und Stimmrecht bei Vollversammlungen. Sie können nicht für den Vorstand oder den Vorsitz von Arbeitsgruppen kandidieren. Mitglieder mit Beobachterstatus kommen aus Ländern, die den Status eines Beitrittskandidaten oder potentiellen Kandidaten mit Aussicht auf EU-Mitgliedschaft haben, d.h. sie werden oder können den Rechtsvorschriften der EU unterliegen. Sie zahlen 80% des Mitgliedsbeitrages und haben kein aktives oder passives Wahlrecht bei Vorstandswahlen.		
Stefaan Hanson	Betont, dass ein starker CED sich aus Vertretern der Zahnärzterverbände aus EU-Mitgliedstaaten zusammensetze, da nur EU-Mitglieder Einfluss auf die Kommission nehmen könnten. Zahnärzterverbände aus EU-Mitgliedstaaten hätten zahlreiche Gemeinsamkeiten mit Verbänden aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten und daher begrüße der CED sie zu der Vollversammlung. Allerdings seien ERO-Vollversammlungen bereits ein Forum, wo Stellungnahmen für ganz Europa abgegeben werden. Macht zwei Vorschläge: - Geheime Abstimmung über die Vertagung der Diskussion auf das kommende Frühjahr (um weitere Informationen zum Brexit abzuwarten). - Erörterung der Änderungsanträge von Mitgliedern zum Vorschlag des Vorstands und Aufteilung der Debatte in zwei verschiedene Diskussionen (einerseits über den Brexit, andererseits über EWR/EFTA-Länder).	
Orlando Monteiro da Silva	Unterstützt den ersten Vorschlag, d.h. den Antrag auf Vertagung der Diskussion.	
Robin Foyle	Erklärt, dass Inklusivität und Sachverstand der Vollmitglieder und der vorgeschlagenen assoziierten Mitglieder für den CED sehr wichtig seien und würde eine Entscheidung auf dieser Vollversammlung begrüßen, um die Arbeit des CED fortzusetzen.	
Peter Engel	Begrüßt die Aussprache und bestärkt die Delegierten darin, die Diskussion fortzusetzen und eine Entscheidung auf dieser Vollversammlung zu treffen. Betont, dass Beobachter nicht gleichgestellt seien mit assoziierten Mitgliedern und dass die Diskussion sich nicht nur auf den Brexit konzentrieren solle, da die Satzung geändert werden müsse, um den Interessen aller Mitglieder Rechnung zu tragen. Er stimmt zu, dass ein klarer Unterschied zwischen CED und ERO bestehe.	
Roman Šmucler	Betont, dass unklar sei, was in Großbritannien nach dem Brexit geschähe, und unterstützt die Entscheidung, die Diskussion zu vertagen.	

Hans Schrangl	Erwidert, dass ungeachtet der Tatsache, dass noch unklar sei, wie der Austritt Großbritanniens aus der EU erfolgen werde, der CED klare Strukturen benötige, die die Interessen des CED und der europäischen Zahnärzte bestmöglich fördern. Schlägt vor, dass der CED sich intensiver um eine breitere Vertretung bemühen sollte, weil er die besten Leute benötige, unabhängig davon, ob sie aus EU-Mitgliedstaaten kommen oder eng mit der EU verbunden seien.
Nico Diederich	Erinnert die Mitglieder daran, dass es der erste Austritt eines Landes aus der EU sei. Schlägt die Aufnahme eines Satzes in die Satzung vor, der festlegt, dass ein Land, das langjähriges Mitglied des CED gewesen sei, nach seinem Austritt aus der EU weiterhin die Möglichkeit habe, als Beobachter an der Vollversammlung teilzunehmen. Verweist darauf, dass der CED nicht die ERO sei. Erklärt, dass die Delegierten zunächst alle Änderungsanträge erörtern und anschließend einen Entschluss über die Vertagung fassen sollten.
Marco Landi	Präzisiert den Vorschlag des Vorstands und erklärt, dass darin nicht vorausgesehen werde, was mit Großbritannien nach dem Brexit geschehe. Gleichzeitig gebe es die neue Kategorie von assoziierten Mitgliedern (einschließlich Norwegen, Island und der Schweiz), die von der EU-Gesetzgebung (Gesundheit und Berufsrecht) stark betroffen seien.
Jörg Krainhöfner	Erläutert, dass die Vertretung des CED in der EU nicht beeinträchtigt werde, da nur Mitglieder aus EU-Mitgliedstaaten Vorstandsmitglieder und Vorsitzende von Arbeitsgruppen sein könnten. Stimmt anderen Mitgliedern zu, dass eine Vertagung der Diskussion nicht konstruktiv sei und dass eine Entscheidung auf dieser Vollversammlung getroffen werden sollte.
Nico Diederich	Erwidert, dass „stark von der EU-Gesetzgebung betroffen sein“ ein sehr elastisches Konzept und daher kein gültiges Kriterium sei. Assoziierte Mitglieder hätten weiterhin das Recht, über Politik abzustimmen, die in EU-Mitgliedstaaten angewendet werden müsse, nicht jedoch in Nicht-EU-Ländern. Daher sollten assoziierte Mitglieder nicht über solche Themen abstimmen können.
Michael Frank	Erklärt, dass es bedauerlich sei, dass die Diskussion über den Brexit und über die EWR/EFTA-Mitglieder zusammenfalle, dass jedoch Änderungen an der Satzung des CED erforderlich seien. Assoziierte Mitglieder hätten bilaterale Verträge mit der EU und seien daher von der EU-Politik betroffen, wie beispielsweise die Schweiz, wo viele EU-Entscheidungen direkt anwendbar seien und daher sollten sie ein Stimmrecht haben. Es sei zutreffend, dass die ERO eine andere Organisation mit einem anderen Betätigungsfeld und Ziel sei. Die Anwesenheit von Beobachtern aus östlichen Nachbarländern sei sinnvoll, um ihnen die Arbeit des CED zu zeigen. Erklärt abschließend, dass der Vorschlag des Vorstands ausgewogen und eine Vertagung der Entscheidung nicht sinnvoll sei.
Orlando Monteiro da Silva	Erklärt, dass es keinen Grund dafür gebe, auf dieser Vollversammlung eine Entscheidung zu treffen, und dass über eine Vertagung abgestimmt werden sollte, um den Mitgliedern mehr Zeit zu geben, den Vorschlag ihren nationalen Organisationen vorzulegen.
Stefaan Hanson	Gibt zu bedenken, dass in Zukunft weitere Länder die EU verlassen könnten, was potenziell zu mehr stimmberechtigten Nicht-EU-Mitgliedern als stimmberechtigten EU-Mitgliedern führen könnte.
Piret Väli	Schildert die Erfahrung des estnischen Zahnärzteverbandes, als dieser dem CED als Beobachter beigetreten sei. Argumentiert, dass der CED auf diesen neuen politischen Kontext vorbereitet sein müsse, und dass es keinen Grund dafür gebe, die Entscheidung zu vertagen.
Hrvoje Pezo	Legt dar, dass mehr Informationen zu dem Vorschlag erforderlich seien. Fragt nach den Verpflichtungen der Länder, die einen Vertrag mit der Kommission geschlossen haben und welche Auswirkungen dies auf die Gesundheitspolitik habe. Es wäre problematisch, wenn Nachbarländer des Balkans, die ein von den EU-Mitgliedstaaten abweichendes Bildungssystem haben, ein Stimmrecht im CED hätten.
Marco Landi	Stellt klar, dass Beobachterländer kein Stimmrecht haben und dass die derzeitige Satzung EU-Kandidatenländern bereits die Möglichkeit einräume, Beobachter zu werden.
Freddie Sloth-Lisbjerg	Erklärt, dass diese Diskussion bereits vor vier oder fünf Jahren hätte geführt werden sollen. Der CED sei eine Lobbyorganisation für die Zahnärzteschaft, die mit assoziierten

	Mitgliedern stärker sei. Es gebe ein gestuftes System, dass Vollmitgliedern die größten Rechte einräume und Beobachtern die wenigsten Rechte, und den Beobachtern gleichzeitig die Möglichkeit gebe, den CED und die EU kennenzulernen.
Philippe Rusca	Verweist darauf, dass die Schweiz schon seit vielen Jahren Beobachterland sei und den vollen Beitragssatz zahle. Über 3000 Zahnärzte mit EU-Abschlüssen seien in der Schweiz aktiv. Die Schweiz leiste einen Beitrag von 1,3 Mrd. Euro zum EU-Kohäsionsfonds. Die Schweiz müsse Beschlüsse aus Brüssel unverzüglich umsetzen. Es sei klar, dass Länder wie die Schweiz keine Vorstandsmitglieder stellen könnten, aber die Satzung müsse geändert werden, um die aktuellen Beobachterländer anzuerkennen.
Nico Diederich	Stimmt zu, dass die Satzung geändert werden müsse, allerdings sollten die Delegierten jeden Punkt des Vorschlags erörtern. Räumt ein, dass Beobachter kein Stimmrecht hätten. Allerdings hätten assoziierte Mitglieder ein Stimmrecht. Gibt zu bedenken, dass im Fall, dass dem CED zahlreiche assoziierte Mitglieder angehören würden, Entscheidungen von der Abstimmung der assoziierten Mitglieder abhängen könnten und die Entscheidung nicht länger bei den Vollmitgliedern läge. Weist darauf hin, dass einige der Vorschläge im Widerspruch zu dem Strategieplan stünden, beispielsweise die Streichung von „in der EU“ in der Satzung (Artikel 4), wo das Strategiepapier die Arbeit des CED in der EU erörtere. Die Entscheidung sollte auf einer späteren Vollversammlung nach der Diskussion auf dieser Vollversammlung getroffen werden.
Orlando Monteiro da Silva	Spricht sich erneut für die Vertagung der Entscheidung aus, da keine Gründe für eine Abstimmung auf dieser Vollversammlung vorgebracht worden seien.
Beat Wackerle	Stellt klar, dass Norwegen, die Schweiz und Island EU-Beschlüsse im Bereich der Zahnheilkunde unverzüglich umsetzen. Es müsse eine klare Trennung zwischen der Diskussion über den Brexit und der Diskussion über EWR/EFTA-Länder vorgenommen werden. Assoziierte Mitglieder würden immer eine kleine Minderheit sein. Liechtenstein wäre an einer assoziierten Mitgliedschaft interessiert.
Pierre-Olivier Donnat	Erinnert die Mitglieder daran, dass die Arbeit an der Satzung bereits mehrere Monate andauere und dass es gut wäre, eine Entscheidung zu fassen. Es sollte eine Abstimmung geben, bei der die Vollversammlung darüber entscheiden werde, ob die Änderungen angenommen werden.
Véronique Pellegrain	Erklärt, dass Rechtsexperten aus einer Reihe verschiedener CED-Mitgliedsstaaten, die in der CED-BTF Binnenmarkt mitwirken, die vorgeschlagenen Satzungsänderungen erarbeitet hätten. Aus rechtlicher Sicht müssten Länder mit bilateralen Vereinbarungen EU-Politiken umsetzen und sollten daher in einer anderen Kategorie berücksichtigt werden als Beobachter. Wie bereits erwähnt worden sei, können assoziierte Mitglieder nicht dem Vorstand angehören.
Nico Diederich	Erklärt, dass die Mitglieder die Änderungen der Satzung einzeln durchgehen und nicht über die Satzung als Ganzes abstimmen sollten. Assoziierte Mitglieder würden nicht zur Mehrheit werden, könnten aber einen wichtigen Einfluss auf Entscheidungen haben, die in der EU angewendet werden müssen. Stimmt zu, dass die Diskussion von der Diskussion über den Brexit getrennt werden müsse, auch wenn dieser der Anlass sei, und dass der CED über einen Weg diskutieren müsse, der Großbritannien den Verbleib im CED gestatte. Fügt hinzu, dass es den Delegierten obliege, in den nationalen Verbänden für die Änderungen einzutreten.
Marco Landi	Stellt klar, dass der Vorstand nicht vorschlage, über die Satzung und die Geschäftsordnung als Paket abzustimmen. Es werde eine Abstimmung über die einzelnen Artikel geben.
Audrey Camilleri	Erklärt, dass die Entscheidung nicht vertagt werden sollte.
Doniphan Hammer	Erinnert die Mitglieder an das Verfahren zur Aktualisierung der Satzung und der Geschäftsordnung. Auf der Vollversammlung im November 2017 hätten die Delegierten sich auf ein Verfahren geeinigt, das bei Vorschlägen von Satzungsänderungen zur Anwendung komme. Die eingegangenen Änderungsvorschläge seien im Vorstand erörtert und das Feedback sei zusammen mit dem Feedback des Vorstands an die Mitglieder weitergeleitet worden.

Filipa Carvalho Marques	Erklärt, dass Portugal keine konkreten Gründe erkenne, warum die Vorschläge der PDA nicht akzeptiert würden. Zunächst solle über die Fortsetzung der Diskussion abgestimmt werden.
Nico Diederich	Verliest das Protokoll der Vollversammlung im November 2017, in dem es heißt, dass der Präsident die Mitglieder auffordert, Stellungnahmen einzureichen, die der Vorstand prüfen werde. Diese Stellungnahmen sollten auf dieser Vollversammlung erörtert werden. Es sollte keine bilateralen Diskussionen zwischen dem Vorstand und dem jeweiligen Land geben.
Peter Engel	Es sei wichtig, die unterschiedlichen Positionen zur Kenntnis zu nehmen, und sie müssten erörtert werden. Die Diskussion könne nicht vertagt werden.
Ioannis Tzoutzas	Äußert Zweifel, dass alle EU-Beitrittskandidaten die demokratischen europäischen Werte akzeptieren. Es sei wichtig, dass der CED unterstreiche, dass die EU-Beitrittskandidaten sich an den Werten orientieren sollten, die die EU hochhalte, darunter Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gemeinschaftlicher Besitzstand, Achtung vor der Würde des Menschen, Menschenrechte, Förderung der Demokratie und Bürger. Die Board Task Forces und Arbeitsgruppen seien die informierenden Organe für den CED und es wäre problematisch, wenn neue Länder an den Arbeitstreffen teilnehmen und ihre Meinung aufzwingen wollten.
Marco Landi	Stellt klar, dass die aktuelle Satzung Kandidatenländern bereits Beobachterstatus einräume. Der Vorstand schlage keine Änderungen bezüglich dieser Beobachter vor.
Stefaan Hanson	Weist warnend darauf hin, dass für den Fall, dass Mitglieder eine Abstimmung über eine Vertagung beantragen, diese Abstimmung abgehalten werden sollte. Die Delegierten könnten in einer ein- oder zweistündigen Diskussion keine Einigung erzielen.
Marco Landi	Erklärt, dass ausreichend Diskussionszeit zur Verfügung stehe. Ersucht die Delegierten, über die Frage der Fortsetzung der Diskussion abzustimmen.
Es findet eine Abstimmung über die Fortsetzung der Diskussion statt. Wer ist für die Fortsetzung der Diskussion? Ja-Stimmen: 31 Nein-Stimmen: 9 Enthaltungen: 2	
Henk Donker	Bittet um Klarstellung, welchen Nutzen und welche Vor- und Nachteile die Einführung der neuen Kategorie von assoziierten Mitgliedern für die CED-Mitglieder und Beobachter mit sich bringe.
Marco Landi	Erklärt, dass es im Interesse der EU-Mitglieder liege, mit Ländern zusammenzuarbeiten, die eine ähnliche oder gleiche Gesundheitsgesetzgebung/-politik haben. Es sei im Interesse der CED-Mitglieder, Länder als Mitglieder zu haben, mit denen ein Fachkräfteaustausch stattfinde.
Alexander Tolmeijer	Fügt hinzu, dass die derzeitigen Beobachter (Norwegen, Island und Schweiz) das Stimmrecht erhalten würden. Andere Länder könnten einen Beitrittsantrag stellen - und das können sie schon heute - und der CED möchte ihnen kein Stimmrecht erteilen - daher seien sie Beobachter. Es sei gut, zwischen Beobachtern und assoziierten Mitgliedern zu unterscheiden.
Susie Sanderson	Führt näher aus, dass mit den Änderungen sichergestellt werde, dass Zahnärzte, die dem Einfluss des europäischen Rechts unterliegen, im CED ein Mitspracherecht haben. Es werde sehr lange dauern, bis Großbritannien nicht mehr von der EU-Politik in den Bereichen Zahnheilkunde und Gesundheit betroffen sei. Stimmt dem Vorschlag des Vorstands zu. Die BDA begrüße es, dem Vorstand anzugehören, habe jedoch volles Verständnis, dass die Mitgliedschaft eines Nicht-EU-Landes im Vorstand nicht angemessen sei. Die BDA habe den Wunsch, weiterhin in den Arbeitsgruppen mitzuwirken, da die Fragen die gleichen blieben. Wenn die BDA den vollen Beitragssatz zahlen müsse, sollte sie ein Stimmrecht haben. Es wäre schwierig, die BDA davon zu überzeugen, voll beitragspflichtiges Mitglied des CED zu sein ohne ein Stimmrecht zu haben.

Freddie Sloth-Lisbjerg	Erinnert die Delegierten daran, dass EU-Mitgliedstaaten und EWR/EFTA-Staaten gleichermaßen von der EU-Gesundheitspolitik betroffen seien. Großbritannien sei derzeit ein EU-Mitglied und ein Vollmitglied des CED. Eine Entscheidung über den Umgang mit Großbritannien könne nach Abschluss des politischen Prozesses getroffen werden.
Roman Šmucler	Stimmt dem Grundsatz zu, dass der CED mit jedem sprechen müsse, der von der EU-Gesundheitspolitik betroffen sei. Es gebe jedoch auch andere Länder, die auf die EU-Politik reagieren, wie etwa die USA und Russland. Es müsse eine präzisere Definition geben, z.B. Schengen.
Marco Landi	Stellt klar, dass der vorgeschlagene Grundsatz besage, dass assoziierte Mitglieder bilaterale Vereinbarungen haben müssen, die einen wesentlichen Bezug zu den Zielsetzungen des CED haben.
Stefaan Hanson	Bittet um Klarstellung, welche Länder das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum unterzeichnet haben.
Elisabeth Scarpello	Erklärt, dass Norwegen, Island und Liechtenstein das EWR-Abkommen unterzeichnet haben, das den Binnenmarkt auf diese Länder erweitert. Alle EU-Rechtsvorschriften in Bezug auf die vier Freiheiten, Gesundheit und den zahnärztlichen Berufsstand seien in Norwegen automatisch anwendbar. EFTA sei ein bilaterales Abkommen zwischen der Schweiz und der EU.
Stefaan Hanson	Bittet um Klarstellung, was in Artikel 9.1 der Satzung ‚maßgeblich‘ bedeute. Erklärt, dass es kein objektives Kriterium gebe, um die Bedeutung von ‚maßgeblich‘ festzulegen. Fügt hinzu, dass ‚ehemalige EU-Mitgliedstaaten‘ keine gesonderte Kategorie sein sollte und Artikel 9.1 sich ausschließlich auf EFTA/EWR-Länder beziehen sollte. Dies seien die einzigen Länder, die objektiv von der EU-Politik betroffen seien.
Mick Armstrong	Erinnert daran, dass die Vollversammlung das Recht habe, assoziierte Mitglieder(n) aufzunehmen/abzulehnen/auszuschließen.
Jörg Krainhöfner	Stellt klar, dass ‚maßgeblich‘ in Artikel 9.1. sich darauf beziehe, dass sie verpflichtet seien, die EU-Gesundheitsgesetzgebung in ihrem Hoheitsgebiet anzuwenden.
Marco Landi	Ersucht die Vollversammlung, Artikel 9 zu prüfen und anschließend darüber abzustimmen.
Nico Diederich	Beantragt, dass die Überprüfung und Abstimmung über die Satzung chronologisch erfolgen sollte.
Marco Landi	Stellt klar, dass jeder Artikel erörtert werde, dass jedoch Artikel 9 zuerst erörtert werde, da er die größte Veränderung darstelle.
Orlando Monteiro da Silva	Erinnert daran, dass die PDA Änderungen vorgeschlagen habe, die vom Vorstand nicht gebilligt worden seien. Wünscht eine Diskussion dieser Änderungsvorschläge, da die PDA keine zufriedenstellende Begründung erhalten habe.
Marco Landi	Stellt klar, dass die Begründung Ende März zusammen mit dem zweiten vorgeschlagenen Entwurf an alle Mitglieder übermittelt worden sei.
Doniphan Hammer	Erklärt, dass die Abstimmung mit Artikel 9 anstelle von Artikel 4 beginnen solle, da bei der Abstimmung auf Konsistenz geachtet werden müsse. Wenn die Abstimmung mit Artikel 4 beginne, müssten die Delegierten anschließend durch Artikel 9 eingeführte Änderungen erörtern.
Hrvoje Pezo	Unterstreicht, dass das Problem auf dem Balkan komplex sei. Artikel 9 erwähne Zahnärzteverbände. In einigen ehemaligen jugoslawischen Republiken könne es 20 verschiedene Zahnärzteverbände geben, wohingegen die Kammer der zuständige Vertreter sei. Wenn das Ministerium oder staatliche Stellen die Satzung übersetzen würden, blieben die Kammern unberücksichtigt.
Marco Landi	Erklärt, dass die Definition des Begriffs „Zahnärzteverband“ inklusiv zu verstehen sei und sich auf die Vertreter des zahnärztlichen Berufsstandes beziehe. Diese Situation könne durch interne Vereinbarungen geklärt werden.
Nico Diederich	Weist erneut darauf hin, dass die Diskussion am Anfang der Satzung beginnen müsse. Wenn es Querverweise gebe, könnten diese anschließend erörtert werden.
Peter Engel	Betont, dass die Länder selbst entscheiden sollten, welche Institution Mitglied des CED sei, nicht die Vollversammlung. Zur Vermeidung von Konflikten im CED sollte nur ein

	Verband pro Land Mitglied sein. Schlägt vor „ehemaliger EU-Mitgliedsstaat“ aus Artikel 9.1 zu streichen.
Stefaan Hanson	Unterstreicht, dass die Diskussion auch auf Artikel 7.2.1 Bezug nehmen sollte, der die Frage von Konflikten zwischen Mitgliedern aus demselben Land aufgreife. Schlägt vor, „ehemaliger EU-Mitgliedstaat mit bilateralen Abkommen“ aus Artikel 9.1 zu streichen oder wahlweise zu ändern in "Länder, die Rechtsvorschriften, die die Zahnärzteschaft betreffen, automatisch umsetzen müssen".
Orlando Monteiro da Silva	Stimmt zu, dass der Zusammenhang zwischen Artikel 9 und Artikel 7 wichtig sei. Die PDA habe eine Änderung von Artikel 7 vorgeschlagen, dass nämlich die zuständige Behörde, die den Berufsstand vertrete, automatisch in den CED aufgenommen werden solle. Fragt nach einer Begründung des Vorstands, warum dieser Änderungsantrag nicht gebilligt worden sei.
Marco Landi	Erläutert die Gründe des Vorstands für die Ablehnung der Vorschläge, wie in dem an die Mitglieder übermittelten Dokument dargelegt - dass nämlich Mitglieder bereits jetzt die Möglichkeit hätten, die zuständige Behörde als Teil ihrer Delegation einzuladen. Der Vollversammlung müsse es freistehen, neue Mitglieder aufzunehmen; dieses Recht würde ihnen durch einen solchen automatischen Genehmigungsprozess genommen.
Orlando Monteiro da Silva	Erwidert, dass der Vorschlag von der Vollversammlung erörtert werden sollte. Bittet um Klarstellung, was im Fall eines schwerwiegenden Konflikts zwischen nationalen Verbänden geschähe, d.h. ob die Entscheidung über eine Mitgliedschaft in diesem Fall vom CED oder den Mitgliedern des Landes getroffen werde.
Marco Landi	Erläutert, dass diese Entscheidung den nationalen Delegationen zufalle. Konflikte würden von der CED-Vollversammlung entschieden, wie in der bestehenden Satzung festgelegt.
Orlando Monteiro da Silva	Erklärt, dass diese Entscheidung von der Vollversammlung und nicht vom Vorstand getroffen werden sollte.
Michael Frank	Erläutert erneut, dass in Artikel 9.1.1 ebenso wie in Artikel 7.2.1 festgelegt sei, dass die Vollversammlung und nicht der Vorstand die Entscheidung treffe.
Orlando Monteiro da Silva	Erklärt, dass öffentliche oder zuständige Behörden, die alle Mitglieder des Berufsstandes vertreten, aufgenommen werden müssten. Die Delegierten sollten über den Vorschlag der PDA abstimmen.
Doniphan Hammer	Legt dar, dass es in Europa Strukturen für die zuständigen Behörden gebe, nämlich die FEDCAR. Der CED müsse eine Organisation mit freiwilliger Mitgliedschaft bleiben.
Hrvoje Pezo	In den östlichen Ländern gebe es viele Zahnärzteverbände mit geringer Mitgliedschaft, und diese seien nicht repräsentativ.
Doniphan Hammer	Führt aus, dass die Stärke des CED darin bestehe, dass die Mitglieder zusammenarbeiten können. Jedes Land könne die beste Lösung selbst bestimmen.
Ralf Wagner	Bittet um Klarstellung, ob die PDA vorschlage, dass a) Länder selbst entscheiden oder b) die Entscheidung von der CED-Vollversammlung getroffen werden solle.
Jörg Krainhöfner	Erklärt, dass dieses Problem nicht Teil der Satzungsänderung sei.
Peter Engel	Weist darauf hin, dass es bedauernd wäre, wenn die Vollversammlung Diskussionen auf nationaler Ebene beeinflussen würde. Jedes Land solle entscheiden, wie es im CED vertreten werden möchte.
Nico Diederich	Führt an, dass es bereits Probleme aufgrund des aktuellen Wortlauts der Satzung gebe, die aus diesem Grund jetzt verbessert werden sollte.
Stefaan Hanson	Erklärt, dass Artikel 9.1.2 bedenklich sei, weil im Fall eines Problems in einem Land die Vollversammlung entscheiden könne und eine Organisation eines Vollmitgliedes als assoziiertes Mitglied mit Stimmrecht aufgenommen würde.
Beat Wäckerle	Stellt klar, dass ein Land keine Delegierten haben könne, die Vollmitglieder und assoziierte Mitglieder vertreten (im Fall eines Streits über die Mitgliedschaft).
Michael Frank	Bestätigt, dass die Entscheidung auf nationaler Ebene getroffen werden müsse. Da es nur zwei Delegierte pro Land gebe, müssten sie sich untereinander einigen, wer das Stimmrecht ausüben dürfe.

Hrvoje Pezo	Bittet um Klarstellung, wer in einem Land die Entscheidung trifft.
Marco Landi	Erläutert, dass der CED sich nicht in diese Entscheidung auf nationaler Ebene einmischen könne.
Filipa Carvalho Marques	Erklärt, dass die Satzung des CED den CED wahren solle. Die Satzung müsse festhalten, dass öffentliche Behörden als Mitglieder des CED aufgenommen werden müssten, die Entscheidung über alle anderen Mitglieder solle von den Ländern getroffen werden.
Marco Landi	Erklärt, dass es momentan keinen Anlass für eine Änderung der Satzung gebe, um der Kammer oder dem nationalen Verband ein absolutes Recht auf Anwesenheit einzuräumen. Der CED vertrete keine öffentlichen Behörden.
Beat Wäckerle	Verweist darauf, dass Gesundheitsbehörden politische Behörden seien. Sie würden von MdEPs in Brüssel vertreten und hätten nichts mit der Zahnärzteschaft zu tun. Die Entscheidung über die Aufnahme von Verbänden in den CED müsse der Vollversammlung überlassen bleiben.
Edoardo Cavallé	Verweist auf die Erfahrungen in Italien, wo ANDI/AIO um Stellungnahme zum Beitritt der italienischen Ärztekammer in den CED gebeten worden seien, dem sie nicht zugestimmt hätten, da die Kammer sich weitgehend nur mit Registrierungs- und ethischen Fragen befasse. Es gebe Länder, in denen die Kammern auch den Berufsstand vertreten, was den Aktivitäten des CED stärker entspreche. Es müsse eine verbindliche Zustimmung der CED-Mitglieder geben, damit ein Mitglied dem CED beitreten könne. In der Vergangenheit habe die CED-Vollversammlung eine Entscheidung getroffen, wenn der nationale Ausschuss keine Lösung habe finden können. Jedes neue Mitglied müsse vor seinem Beitritt in den CED überprüft werden, um zu beurteilen, ob es die Mitgliedschaftskriterien des CED erfülle.
Ralf Wagner	Erklärt, dass die CED-Vollversammlung im Allgemeinen keine Entscheidungen darüber treffen sollte, was in den Ländern geschehe. Wenn ein Land eine Lösung finden könne, gebe es kein Problem. Wenn keine Einigung erzielt werden könne, müsse die Vollversammlung den Sachverhalt prüfen und eine Entscheidung treffen.
Marco Landi	Begrüßt die Mitglieder nach der Mittagspause zurück im Versammlungsraum. Erklärt, dass gemäß den Vorschlägen der Delegierten einige Änderungen an Artikel 9 vorgenommen worden seien: a) Streichung von „ist entweder ein ehemaliger EU-Mitgliedstaat“ in 9.1; b) Einfügung von „assoziiertes“ Mitgliedsland in 9.1.2. Bittet die Delegierten, über Artikel 9 abzustimmen.
Orlando Monteiro da Silva	Erklärt, dass Artikel 7 gleichzeitig mit Artikel 9 behandelt werden sollte.
Michael Frank	Erwidert, dass Artikel 7 später behandelt werden könne. Verweist darauf, dass die Beschlussfähigkeit festgestellt werden müsse, um in Erfahrung zu bringen, ob die für die Abstimmung erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht sei.
Stefaan Hanson	Schlägt vor, dass die Mitglieder zunächst das Stimmrecht der assoziierten Mitglieder erörtern sollten. Belgien schlage vor, dass die assoziierten Mitglieder kein volles Stimmrecht erhalten und keinen vollen Mitgliedsbeitrag zahlen müssen.
Marco Landi	Erklärt, dass der vorgeschlagene Artikel einen Kompromiss darstelle. 49 Delegierte hätten sich zur Vollversammlung angemeldet.
Jörg Krainhöfner	Erklärt, dass geklärt werden müsse, wann die Beschlussfähigkeit gegeben sei. In der Geschäftsordnung heiße es in Artikel III.7.2. „Enthaltungen sind zulässig. Enthaltungen dürfen weder zu den „Ja“- noch zu den „Nein“-Stimmen gerechnet werden.“ Dies bedeute, dass nicht im Voraus festgelegt werden könne, wie viele Stimmen für eine Zweidrittelmehrheit erforderlich seien.
Nico Diederich	Erklärt, dass die offenen Fragen erörtert werden sollten, da für die Erörterung der Änderungen keine Zeit zur Verfügung stehe.
Orlando Monteiro da Silva	Stimmt zu, dass die Vollversammlung die Frage weiter erörtern und über den belgischen Vorschlag abstimmen solle. Verlangt eine Erklärung, warum über den Vorschlag der PDA nicht von den Delegierten abgestimmt werde und erklärt, dass das Abstimmungsverfahren mit Artikel 7 beginnen müsse.

Marco Landi	Erwidert, dass am Vormittag eine eingehende Diskussion stattgefunden habe. Bei der Diskussion am Vormittag habe es keinen Vorschlag zu den Stimmrechten von assoziierten Mitgliedern gegeben.
Es erfolgt die Abstimmung über Artikel 9 (Entscheidung siehe unten)	
Nico Diederich	Erinnert daran, dass Artikel III.7.2. der Geschäftsordnung besage: „Enthaltungen sind zulässig. Enthaltungen dürfen weder zu den „Ja“- noch zu den „Nein“-Stimmen gerechnet werden; sie werden jedoch als gültige Stimmen gezählt. Der/die Präsident/in des Vorstandes muss auch die Enthaltungen zählen.“
Jörg Krainhöfner	Erklärt, dass entweder eine „Ja“-Stimme oder eine „Nein“-Stimme zur Berechnung der Beschlussfähigkeit herangezogen werden könne. Eine Stimmenhaltung sei eine gültige Stimme und müsse gezählt werden. Gemäß der Geschäftsordnung würden jedoch nur abgegebene Stimmen gelten.
Marco Landi	Fordert die Delegierten zur Diskussion und Abstimmung über Artikel 11 der Satzung zur Rolle der Beobachter auf.
Peter Engel	Erklärt, dass Mitglieder mit Beobachterstatus nicht Mitglieder von Arbeitsgruppen sein sollten.
Marco Landi	Stellt klar, dass die aktuelle Satzung Beobachter als Mitglieder von Arbeitsgruppen zulasse.
Peter Engel	Erwidert, dass mit den neuen Mitgliedschaftskategorien die neuen Mitglieder mit Beobachterstatus nicht an Arbeitsgruppen oder Board Task Forces teilnehmen sollten.
Fotios Tzermpos	Äußert Besorgnis über die Definition von potenziellen Kandidatenländern, da jeder ein potenzieller Kandidat sein könne. Stimmt zu, dass Beobachter nicht an Arbeitsgruppen oder Board Task Forces teilnehmen sollten, da die auf dieser Ebene getroffenen Entscheidungen der Vollversammlung später zur Abstimmung vorgelegt würden.
Ioannis Tzoutzas	Schlägt vor, dass Artikel VI.4.3 der Geschäftsordnung, gemäß dem nur Vollmitglieder Vorsitzende von Arbeitsgruppen werden können, in die Satzung aufgenommen werden sollte.
Michael Frank	Erklärt, dass diese Frage in der Geschäftsordnung behandelt werden sollte.
Marco Landi	Stimmt zu, dass die Änderung in der Geschäftsordnung vorgenommen werden könne, um den Zugang von Beobachtern zu Arbeitsgruppen und Board Task Forces zu verhindern. Sofern die Delegierten dem zustimmen, könne „potenzielle Kandidatenländer“ aus Artikel 11 gestrichen werden. Die Definition von Kandidatenländern sei ein offizieller EU-Terminus.
Peter Engel	Erinnert daran, dass Bestimmungen, die für die Arbeitsgruppen gelten, auch für die Board Task Forces gelten müssten.
Es erfolgt die Abstimmung über Artikel 11 (Entscheidung siehe unten)	
Stefaan Hanson	Merkt an, dass klar sei, dass Enthaltungen gültige Stimmen seien. In Artikel 16.2.1 der Satzung heiße es, dass Änderungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen werden dürfen.
Marco Landi	Erwidert, dass das Urteil der Rechtsanwälte hiervon abweiche. Daher sei die Abstimmung gültig. Bittet die Delegierten, zu Artikel 4.1 überzugehen. Als zusätzlicher Änderungsantrag sei die Einfügung von „in der EU“ unter dem ersten Aufzählungspunkt vorgeschlagen worden.
Nico Diederich	Dankt dem Präsidenten für die Anpassung der Satzung an den Strategieplan. Bittet um Abstimmung über jeden Artikel.
Es erfolgt die Abstimmung über Artikel 4.1 (Entscheidung siehe unten)	
Peter Engel	Weist darauf hin, dass es nicht gut sei, wenn die Mitglieder sich nicht auf die Ziele des CED einigen könnten. Die Ziele gemäß Artikel 4 seien bislang nicht kontrovers diskutiert worden.
Sakha Fathi	Erklärt, dass sein Abstimmungsverhalten erklärbar sei, da der Delegierte den Eindruck habe, dass er kein Gehör finde und dass die Regeln nicht angewendet würden. Es müsse eine externe rechtliche Beurteilung eingeholt werden.

Marco Landi	Erwidert, dass der CED eine externe rechtliche Beurteilung einholen werde.
Orlando Monteiro da Silva	Bringt zum Ausdruck, dass kein Delegierter das Recht habe, die Stimme anderer Mitglieder in Frage zu stellen. Der Delegierte sei mit der Methodik nicht einverstanden.
Marco Landi	Bittet die Delegierten, zu Artikel 7.2.1 überzugehen.
Orlando Monteiro da Silva	Schlägt vor, dass im Text nicht der Begriff „Meinungsverschiedenheit“ verwendet werden sollte, da er eine negative Konnotation habe. Die Entscheidung solle von der Vollversammlung getroffen werden, nicht vom Vorstand. Der CED sollte sicherstellen, dass der repräsentativste Verband Mitglied ist.
Marco Landi	Schlägt vor, den Begriff „keine Einigung“ anstelle von „Meinungsverschiedenheit“ zu verwenden.
Jane Renehan	Regt an, den Wortlaut in „in Ermangelung einer Einigung“ zu ändern.
Marco Landi	Nimmt Bezug auf den Vorschlag bezüglich der Repräsentativität eines Verbandes und erklärt, dass es nicht leicht sei, die Kriterien von Repräsentativität zu definieren.
Orlando Monteiro da Silva	Schlägt vor, beispielsweise die Anzahl der anerkannten Mitglieder zu heranzuziehen.
Nico Diederich	Verweist darauf, dass es in Artikel 9 einen ähnlichen Satz für die assoziierten Mitglieder gebe. Es sollte keinen unterschiedlichen Wortlaut für Mitglieder und assoziierte Mitglieder geben. Wenn der Wortlaut in Artikel 9 geändert werde, müssten die Delegierten sich erneut der Abstimmung über Artikel 9 zuwenden.
Michael Frank	Stimmt zu, dass beide Artikel denselben Wortlaut haben müssen.
Stefaan Hanson	Hält es für gut, den Begriff „repräsentativster Verband“ näher zu erläutern. Dies könne in verschiedenen Ländern unterschiedlich bemessen werden, und wenn in dem Land keine Einigung erzielt werde, sollte der repräsentativste Verband in den CED aufgenommen werden.
Doniphan Hammer	Stimmt zu, dass Repräsentativität sehr wichtig sei. Es sei jedoch nicht in Ordnung, dies im Fall einer Pflichtmitgliedschaft anzuwenden (z.B. Kammern).
Edoardo Cavallé	Unterstreicht, dass die Organisationen die Ziele des CED teilen müssten.
Pierluigi Delogu	Erklärt, dass der CED keine Organisationen ausschließen sondern inklusiv sein sollte, daher würde er den Absatz gerne vollständig streichen.
Marco Landi	Wiederholt, dass die Entscheidung darüber, welcher Verband der repräsentativste sei, dem Land überlassen werden sollte. Der CED sollte nur dann einbezogen werden, wenn keine Einigung herbeigeführt werden könne.
Ralf Wagner	Erklärt, dass viele Länder eine Regelung finden könnten. Wenn keine Einigung herbeigeführt werden könne, werde die Vollversammlung entscheiden. Die Länder könnten Mitglieder ernennen/nominieren, und die Satzung sollte so formuliert werden, dass sie Spielraum zulasse. Sie sollte daher nicht durch die Einführung des Konzeptes der Repräsentativität verkompliziert werden.
Marco Landi	Schlägt vor, „unter Berücksichtigung der Repräsentativität des Berufsstandes“ hinzuzufügen.
Robin Foyle	Schlägt vor „auf der Grundlage ihrer Konvergenz mit anderen CED-Mitgliedsorganisationen als Mitglied aufnehmen“ hinzuzufügen. Ziel sei die Aufnahme von Organisationen, die den derzeitigen Organisationen ähnlich seien. Ist der Ansicht, dass Repräsentativität ein willkürlicher Begriff sei.
Nico Diederich	Wiederholt, dass der Wortlaut von Artikel 7.2.1 und 9.1.1 identisch sein müsse. Wenn die Delegierten dem vorgenannten Vorschlag zustimmten, müsse erneut über Artikel 9 abgestimmt werden; aus diesem Grund hätte die Abstimmung chronologisch erfolgen sollen.
Hans Schrangl	Erklärt, dass es am einfachsten wäre, denselben Wortlaut wie in Artikel 9.1.1 zu verwenden und Artikel 7.2.1 nicht zu ändern.
Jörg Krainhöfner	Stimmt zu, dass Artikel 7.2.1 nicht geändert werden sollte.
Michael Frank	Stimmt zu, dass die einfachste Lösung darin bestehe, am ursprünglichen Vorschlag für Artikel 7.2.1 festzuhalten, da der Wortlaut sehr klar sei.

Roman Šmucler	Erklärt, dass die Abstimmung auf die nächste Vollversammlung verschoben werden sollte, falls keine Einigung in diesen grundlegenden Dingen erzielt werde.
Hans Schrangl	Erwidert, dass die Vollversammlung die Diskussion fortsetzen sollte, da die Delegierten sich beim nächsten Mal in derselben Lage befinden würden.
Orlando Monteiro da Silva	Führt an, dass es klug wäre, sich mehr Zeit zu nehmen. Schlägt vor, ein objektives Kriterium für Repräsentativität vorzusehen.
Edoardo Cavallé	Ersucht darum, über den Vorschlag von R. Foyle abzustimmen.
Marco Landi	Erklärt, dass keine zukünftige Vollversammlung eine Entscheidung gegen Repräsentativität fassen sollte. Schlägt vor, über Artikel 7.2.1 entsprechend dem Vorschlag des Vorstands abzustimmen.
Paulo Melo	Erklärt, dass es gut wäre, zunächst die Meinung der Delegierten in Erfahrung zu bringen, daher sollten beide Fassungen zur Abstimmung vorgelegt werden, die ursprüngliche Fassung des Vorstands und die geänderte Fassung mit den Vorschlägen von R. Foyle und O. Monteiro da Silva.
Beat Wäckerle	Ruft die Delegierten dazu auf, bei der Hinzufügung von Einschränkungen in den Text Vorsicht walten zu lassen, da es sich um rechtliche Bestimmungen handele.
Doniphan Hammer	Vertritt die Auffassung, dass jedes Mitgliedsland seine eigene Entscheidung treffen sollte.
Ralf Wagner	Weist darauf hin, dass es bei zwei verschiedenen Vorschlägen schwierig werde, eine Zweidrittelmehrheit zu erzielen. Der Unterschied zwischen den beiden Fassungen sei sehr gering.
Stefano Colasanto	Betont, dass es nicht die Aufgabe des CED sei, für ein Land festzulegen, welcher Verband Mitglied werden sollte.
Marco Landi	Stellt Artikel 7.2.1 entsprechend dem Vorschlag des Vorstands zur Abstimmung.
Es erfolgt die Abstimmung über Artikel 7.2.1 (Entscheidung siehe unten)	
Marco Landi	Prüft die verbleibenden Änderungsanträge.
Peter Engel	Verweist auf Artikel 18.9 und beantragt den Abschluss einer Versicherung für Vorstandsmitglieder, um sie vor finanziellen Ansprüchen zu schützen.
Marco Landi	Antwortet, dass auf der nächsten Vollversammlung eine Aktualisierung der Rechtsschutzversicherung für Führungskräfte erfolgen werde.
Abstimmung über die verbleibenden Artikel (Entscheidungen siehe unten)	
Marco Landi	Bittet die Mitglieder mit den Änderungen der Geschäftsordnung fortzufahren. Greift den Vorschlag zur Einschränkung der Teilnahme von Beobachtern an Arbeitsgruppen und Board Task Forces erneut auf. Schlägt vor, „Beobachterverband“ aus Artikel VI.5.1, V.I7 und VII.1.3 zu streichen und den Vorschlag entsprechend zu ändern. Die übrigen Änderungen seien redaktioneller Art und spiegeln die neuen Mitgliedskategorien wieder. Bittet um Abstimmung über die Geschäftsordnung als Gesamtpaket.
Es folgt die Abstimmung über die Geschäftsordnung insgesamt (Entscheidung siehe unten)	
Beschlüsse	Artikel 9 der Satzung Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 10 Enthaltungen: 10 <i>Antrag angenommen</i>
	Artikel 11 der Satzung Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 10 <i>Antrag angenommen</i>
	Artikel 4.1 der Satzung Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 7

	<i>Antrag angenommen</i>
	Artikel 7.2.1 der Satzung Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 2 <i>Antrag angenommen</i>
	Artikel 10 der Satzung Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 3 <i>Antrag angenommen</i>
	Artikel 12.2 der Satzung Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3 <i>Antrag angenommen</i>
	Artikel 13.2; 13.2.1; 13.4.1; 15.5; 18.3.1; 18.3.1; 18.9 der Satzung Einstimmig angenommen
	Sammelabstimmung: Änderungen in folgenden Artikeln der Satzung bezüglich der neuen Kategorien: 4.1; 6.4; 6.41; 12.1; 12.2; 13.1; 13.3; 14.1; 14.2; 15.3; 15.4; 15.4.1; 15.5; 15.7; 16.1; 16.1.1; 16.4; 17.2; 17.3; 17.4; 20.3; 24.2; 26.2.1 Redaktionelle Änderungen in folgenden Artikeln der Satzung: Einleitung, 13.4; 18.3.4; 26.1; 26.2.1 Einstimmig angenommen
	Geschäftsordnung Einstimmig angenommen
8. Finanzen	
Berichterstatte: Mick Armstrong	
Arbeitsdokument	• Bericht der Rechnungsprüfer: Jahresabschluss 2017 (CED-DOC-2018-038-E) • Schreiben des Schatzmeisters an die Mitglieder (CED-DOC-2018-022-E) • CED-Jahresabschluss 2017 (CED-ACCOUNTS-2017-01) • CED-Haushaltsplan 2019 (CED-BUDGET-2019-01)
a) Erörtert den ersten Bericht der externen Rechnungsprüfer, die den Jahresabschluss bestätigt, jedoch geringfügige Änderungen zur Verbesserung der Buchführung vorgeschlagen hätten. Aufgrund der Verzögerungen bei der Abarbeitung der Tagesordnung könnten die Rechnungsprüfer leider nicht länger per Telekonferenz zugeschaltet bleiben; b) stellt das Schreiben des Schatzmeisters an die Mitglieder vor, das einen Überschuss von 61.000 € ausweise. Grund dafür seien geringere Kosten, die größtenteils auf Personalausfälle zurückzuführen seien. Aufgrund einer verspäteten Zahlung für den Beitrag des CED zur Joint Action on Health Workforce lägen die Einnahmen 10.000 € über dem veranschlagten Budget. Die Kosten seien insgesamt deutlich geringer als veranschlagt, über 10% oder 56.000 €, größtenteils aufgrund von Personalausfällen und geringeren Dolmetschkosten; c) informiert über das Feedback der ersten Sitzung des Budget Reference Committee, das im Anschluss an die Vorstandssitzung stattgefunden habe und an dem P. Engel, S. Andersen und M. Pöyry teilgenommen hätten. Das Protokoll der Sitzung werde den Mitgliedern übermittelt; d) berichtet über die Finanzen 2018, die von dem Umzug des Büros erheblich betroffen seien. Trotz der Anfangskosten könnten aufgrund des integrierten Raums für Vorstandssitzungen langfristig Kosten eingespart werden. Der Schatzmeister teilt den Mitgliedern die Kostenstruktur des Umzugs mit und informiert über den neunjährigen Mietvertrag, der einen 12-monatigen Mietnachlass vorsehe. Der Umzug werde weitgehend aus den Rücklagen finanziert. Darüber hinaus seien 2018 die Personalkosten höher aufgrund von Personalausfällen und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, zusätzliches Personal einzustellen sowie einer Gehaltserhöhung; bespricht andere Projekte, die der CED gerne in Angriff nehmen würde, darunter u.a. das EU-Handbuch, eine Aktualisierung der Webseite und die Beschäftigten eines EDSA-Praktikanten. Die Finanzierung dieser Projekte müsse erörtert werden; f) stellt den Haushaltsplan 2019 vor und bittet die Mitglieder, einer durchschnittlichen Anhebung der Mitgliedsbeiträge um 4% Prozent zur Deckung der gestiegenen laufenden Kosten des neuen Büros zuzustimmen. Der Schatzmeister betont zudem, dass der	

CED sich aus der Abhaltung von Vorstandssitzungen im Büro Einsparungen verspreche und dass ein Anstieg der Personalkosten und der Reisekosten der Mitarbeiter veranschlagt worden sei.	
Nico Diederich	Es sollte erörtert werden, wie die Sitzungen des Budget Reference Committee günstiger für alle Mitglieder geplant werden könnten, damit mehr Delegierte daran teilnehmen können. Fragt, ob der Schatzmeister ausführen könnte, wie hoch die Verbindlichkeiten und nicht erhaltenen Einnahmen des CED per 31. Dezember 2017 gewesen seien.
Peter Engel	Das Budget Reference Committee sei ein Service des CED, der Mitgliedern die Möglichkeit bietet, Fragen zu stellen und Klarstellungen zu erhalten, die alle auch während der Vollversammlung erörtert werden können. Es sollte nicht als offizieller Finanzausschuss betrachtet werden, der über eine Kontrollfunktion verfügt.
Präsident	Die Rücklagen dienten dazu, Ausgaben für einen Zeitraum von 6 Monaten abzudecken. Alle Mitglieder seien herzlich eingeladen, die neuen Büroräume zu besichtigen, sobald sie im September eingerichtet sind.
Doniphan Hammer	Eine Beitragserhöhung um 4% könne im nächsten Jahr nicht wiederholt werden.
Beschluss	Der Jahresabschluss 2017 und der Haushaltsplan 2019 werden einstimmig angenommen.
9. Kommunikation	
Berichterstatte(rin): Lea Pfefferle	
Arbeitsdokumente	• CED-Jahresbericht 2017
Legt dar, dass a) der Jahresbericht im Mai veröffentlicht und an alle Mitglieder übermittelt worden sei; b) die alljährliche Veranstaltung des CED im Europäischen Parlament unter dem Motto „Ungleichheit in der Mundgesundheit“, am 19. Juni unter der Schirmherrschaft von MdEP Nessa Childers stattfinden werde; c) der CED im September/Oktobre eine weitere gemeinsame Veranstaltung im Europäischen Parlament zusammen mit dem CPME und der ZAEU plane; d) ein weiterer Workshop mit dem FVE und dem CPME im Dezember in Paris geplant sei, um den „Eine Gesundheit“-Ansatz zu erörtern. Wissenschaftler, Zahnärzte und Studierende würden an dem Workshop teilnehmen; e) die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Gesundheitswesen im Allgemeinen sehr fruchtbar sei.	
10. Arbeitsgruppe Ausbildung und Berufsqualifikationen	
Berichterstatte(r): Paulo Melo	
Arbeitsdokument	• Bericht des Brüsseler Büros über den aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppe Ausbildung und Berufsqualifikationen (CED-DOC-2018-028-E)
Informiert über a) die anstehende Überarbeitung der CED-Entschließung über die kontinuierliche berufliche Fortbildung von Zahnärzten aus dem Jahr 2013; b) die nächsten Schritte der Strategie zur Aktualisierung von Anhang V.3, Ziffer 5.3.1 der Richtlinie 2005/36/EG; c) die Ergebnisse des im März 2018 versendeten Fragebogens zu Dentalhygienikern; d) die bisherige und derzeitige Zusammenarbeit mit der ADEE im Bereich der Berufsqualifikationsrichtlinie; e) die Teilnahme des CED am EDSA-Kongress; f) den bisherigen Fortschritt bei der One Health Skills Conference in Paris; g) den Standpunkt des CED zu zahnmedizinischen Berufen in der Taxonomie europäischer Fähigkeiten, Kompetenzen und Berufe (ESCO); h) den Standpunkt des CED zur Berufsqualifikationsrichtlinie; i) die anstehende Überarbeitung der FEDCAR-Erklärung.	
Ralf Wagner	Unterstreicht das Problem der Definition von Dentaltherapeuten und der Existenz dieses Berufs in Europa.
11. Stellungnahme des portugiesischen Zahnärztesverbandes zur CED-ADEE Pressemitteilung zur Umsetzung der Berufsqualifikationsrichtlinie	
Berichterstatte(r): Orlando Monteiro da Silva	
Arbeitsdokument	• CED-ADEE Pressemitteilung zur Umsetzung der Berufsqualifikationsrichtlinie (CED-DOC-2018-029-E)
Betont, dass die Position des CED vor der Veröffentlichung zunächst mit allen interessierten Parteien erörtert werden sollte. Teilt mit, dass drei portugiesische Universitäten auf die Position des CED geantwortet hätten. Beantragt die Veröffentlichung aller Antworten sowie der Stellungnahme der PDA auf der CED-Webseite. Unterstreicht die Auswirkungen, die eine solche Position auf das Ansehen der privaten zahnmedizinischen Hochschulen und die PDA haben könnte.	

Präsident	Die Position des CED in dieser Sache sei auf der letzten Vollversammlung beantragt worden. Der CED handle transparent, und der CED habe den PDA und portugiesische Universitäten nicht beschuldigt, sondern eine Frage auf der Grundlage des Urteils des Obersten Gerichts gestellt.
Doniphan Hammer	Macht nähere Angaben zu den Details im Zusammenhang mit der unzureichenden Einhaltung der Berufsqualifikationsrichtlinie. Die Position richte sich auch an Frankreich, da es dort Einrichtungen gebe, die eine illegale Ausbildung anbieten. Versichert, dass in dieser Frage kein Interessenkonflikt im CED-Vorstand bestehe.
Edoardo Cavallé	Der länderübergreifende Wechsel von Studierenden zu anderen Hochschulen könnte die illegalen Praktiken erleichtern, daher sei es notwendig, die höchste Qualität der zahnmedizinischen Ausbildung zu fordern und sicherzustellen.
Orlando Monteiro da Silva	Vor der Veröffentlichung der Position sollte der Sachverhalt den zuständigen Behörden und der Europäischen Kommission vorgelegt werden. Betont, dass der in der Position des CED beschriebene Fall eine interne Angelegenheit zwischen der Confédération Nationale des Syndicats Dentaires (CNSD) und den französischen Behörden sei. Im Fall einer Verletzung werde die PDA die Erste sein, die den zuständigen Behörden den Sachverhalt melde.
Robin Foyle	In Irland gebe es ebenfalls nicht registrierte Einrichtungen, die für eine zahnmedizinische Ausbildung werben.
Filipa Carvalho Marques	Bringt ihre Unterstützung für die automatische Anerkennung und die wichtigsten Bestimmungen der Berufsqualifikationsrichtlinie zum Ausdruck. Äußert jedoch Bedenken hinsichtlich des Verfahrens der automatischen Anerkennung. Betont, dass alle Anforderungen der Berufsqualifikationsrichtlinie in Portugal erfüllt würden. Im Zusammenhang mit der Stellungnahme der PDA betont sie, dass der CED sich mit der Vorschrift und ihrer Umsetzung befassen sollte.
Beschluss	Es wird beschlossen, die Antworten der portugiesischen Universitäten und die Stellungnahme der PDA auf der CED-Webseite zu veröffentlichen.
12. Arbeitsgruppe zahnärztliche Werkstoffe und Medizinprodukte Berichterstatterin: Jane Renehan	
Arbeitsdokumente	• Mandatsentwurf für die Arbeitsgruppe zahnärztliche Werkstoffe und Medizinprodukte (CED-DOC-2018-031-E/D/F) • Bericht des Brüsseler Büros über den aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppe zahnärztliche Werkstoffe und Medizinprodukte (CED-DOC-2018-032-E)
Präsident	Dankt den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen Amalgam und andere Restaurationsmaterialien (Susie Sanderson), Medizinprodukte (Edoardo Cavallé) und Zahnbleichmittel (Stefaan Hanson/Paulo Melo) für ihre Arbeit. Schlägt Jane Renehan als Vorsitzende der neuen Arbeitsgruppe vor.
a) Informiert über die nächsten Schritte bei der Umsetzung der Quecksilberverordnung und erinnert die Mitglieder an die im Februar übermittelte Orientierungshilfe des CED. Ersucht die Mitglieder um Feedback und bittet Dänemark und Schweden zu erläutern, wie ihre jeweiligen Länder mit dem Ausstieg aus Dentalamalgam umgehen; b) teilt mit, dass die Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Rechtsberatern mit der Erarbeitung der CED-Orientierungshilfe zur Medizinprodukteverordnung beauftragt worden sei; c) erläutert, dass die Arbeitsgruppe derzeit ein Dokument erarbeite, das sich für die Verwendung von Zahnbleichmitteln bei Personen unter 18 Jahren ausspreche. Dieses Dokument könne auf nationaler Ebene verwendet werden.	
Hans Göransson	Gibt einen kurzen Überblick über den Widerstand gegen Amalgam in Schweden. Eine Änderung des Kostenübernahmesystems bedeute, dass Patienten für Amalgam keine Kostenübernahme mehr gewährt werde. Aus umweltpolitischen Gründen sei Amalgam 2005 mit wenigen Ausnahmen verboten worden. Da Amalgam weiterhin in den Leitungen von Dentalgeräten vorkomme, seien Amalgamabscheider in Schweden weiterhin erforderlich. Bisher lägen noch keine belastbaren Daten zur Haltbarkeit von Kompositfüllungen im Vergleich zu Amalgamfüllungen vor.
Joakim Lilholt	Fügt hinzu, dass das Thema Quecksilber in der Umwelt und insbesondere in der Zahnmedizin in Dänemark 1997 von den Medien zur Sprache gebracht worden sei. 2003

	habe das Ministerium die Verwendung von Quecksilber verboten, falls nicht unbedingt erforderlich. Das schrittweise Auslaufen von Amalgam sei eine Folge gewesen, ohne spezielle Rechtsvorschriften.
Hans Göransson	Die Problematik von Bisphenol A und Nanopartikeln sei im Zusammenhang mit Kompositharzen angesprochen worden, allerdings lägen bislang keine Nachweise für negative Auswirkungen auf die Gesundheit vor. Erklärt, dass es in Schweden infolge des Amalgamverbots keine Probleme hinsichtlich des Zugangs zu Medikamenten gebe.
Susie Sanderson	Erklärt a) dass sehr wenige Erkenntnisse zu den Kosten von Restaurationen aus anderen Werkstoffen vorlägen (einschl. Einwilligungsverfahren, Werkstoffe, Zeit); b) dass es kaum Untersuchungen zu den Umweltfolgen der verwendeten Kompositwerkstoffe einschließlich Nanomaterialien gebe. Ruft die Delegierten zudem dazu auf, das im British Dental Journal (BDJ) veröffentlichte Fachreferat von Steve Mulligan zu den Umweltfolgen von Amalgam und Kompositharzen zu lesen, das den CED-Mitgliedern auch im Nachgang zur Verfügung gestellt werden könne.
Freddie Sloth-Lisbjerg	Der Preis von Kompositfüllungen habe sich nach dem Auslaufen von Amalgam für Patienten um das Zwei- bis Dreifache erhöht, jedoch keine Auswirkungen auf das Patientenverhalten gehabt.
Nikolai Sharkov	Die Befürchtungen der Patienten gegenüber Bisphenol A wüchsen, und dieser Umstand müsse in die CED-Agenda aufgenommen werden.
Michael Frank	Es gebe eine Resolution der FDI zu Dentalwerkstoffen, und es wäre sinnvoll zunächst zu prüfen, was die FDI bereits erarbeitet habe und was derzeit auf FDI-Ebene erarbeitet werde.
Präsident	Dankt der spanischen Delegation zu ihrer Stellungnahme zu CAD/CAM-gefertigten Restaurationen.
Beschluss	Die Vollversammlung bestätigt Jane Renehan einstimmig als Vorsitzende der neuen Arbeitsgruppe. Die Vollversammlung verabschiedet einstimmig das überarbeitete Mandat der Arbeitsgruppe.
13. Arbeitsgruppe Patientensicherheit, Infektionskontrolle und Abfallmanagement	
Berichterstatte: Ioannis Tzoutzas	
Arbeitsdokument	• Mandatsentwurf für die Arbeitsgruppe Patientensicherheit, Infektionskontrolle und Abfallmanagement (CED-DOC-2018-010-E/D/F) • Bericht des Brüsseler Büros über den aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppe Patientensicherheit, Infektionskontrolle und Abfallmanagement (CED-DOC-2018-033-E) • (CED-DOC-2018-033-E)
Berichtet über: a) die Überarbeitung des Mandats der zusammengelegten Arbeitsgruppe; b) die Einschaltung der ECDC auf der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe; c) die vorläufige Fassung des Vorschlags für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle; d) die anstehende Konsultation zur Wasserrichtlinie; e) die Leitlinien zur Infektionsprävention und Kontrolle in der Zahnheilkunde auf der ECDC-Webseite.	
Präsident	Dankt den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Patientensicherheit (Matti Pöyry) und Infektionskontrolle und Abfallmanagement (Ioannis Tzoutzas). Betont die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit der ECDC. Unterstreicht, dass die Patientensicherheit besonders hervorgehoben werden müsse und daher auch in der Bezeichnung der Arbeitsgruppe beibehalten werde.
Beschluss	Die Vollversammlung bestätigt Ioannis Tzoutzas einstimmig als Vorsitzenden der neuen Arbeitsgruppe. Die Vollversammlung verabschiedet einstimmig das überarbeitete Mandat der Arbeitsgruppe.

14. Erörterung der Länderberichte		Berichterstatter: Delegierte
Sechs Delegierte stellen die Ergebnisse ihrer Länderberichte auf der Versammlung vor (Dänemark, Finnland, Frankreich, Niederlande und Slowenien).		
Joakim Lilholt	Berichtet über die Umsetzung der Datenschutzrichtlinien in Privatpraxen und in städtischen Kliniken.	
Matti Pöyry	Berichtet über a) die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf staatlich subventionierte Gesundheitsleistungen, die die öffentliche und private Gesundheitsversorgung (einschließlich Zahnmedizin) betreffe, und b) die Änderung der MwSt., die auf die Laborkosten für Okklusionsschienen aufgeschlagen werde.	
Pierre-Olivier Donnat	Berichtet über a) den neu gewählten Vorsitzenden des nationalen Verbandes und b) das abschließende Treffen in Paris für die Aushandlung von Tarifabschlüssen in Bezug auf die Krankenversicherung.	
Katalin Nagy	Berichtet über a) die Organisation und die Funktionsweise des ungarischen Zahnärzteverbandes, die Zahnärztkammer und das Dental Professional Decision Board; b) die Änderungen im ungarischen Gesundheitsministerium und die anstehenden Wahlen; c) die jüngsten Proteste, die zu einer Gehaltserhöhung der staatlich geförderten Zahnärzte geführt haben, d) die Harmonisierung der Prüfungen für Fachzahnarzttrichtungen.	
Henk Donker	Berichtet über a) die Vergleichsvereinbarung zwischen dem niederländischen Zahnärzteverband (KNMT) und der niederländischen Verwertungsgesellschaft für verwandte Schutzrechte und b) die anstehende Verordnung zur Position von Dentalhygienikern sowie die vom KNMT in dieser Sache ergriffenen Maßnahmen.	
Plenum	Die Problematik hinsichtlich der Stellung von Dentalhygienikern wird weiter erörtert, da das Thema für verschiedene Länder von Belang ist. Die Diskussion konzentriert sich auf die Notwendigkeit, den zahnärztlichen Berufsstand und seine Strukturen zu verteidigen; es wird betont, dass zwischen verschiedenen Berufen in der EU-Gesetzgebung unterschieden werden müsse, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende bürokratische Belastung der freien Berufe. Unterstreicht die Notwendigkeit, politisch proaktiv zu handeln, um bei bürokratischen Problemen voranzukommen. - Das Gespräch mit nationalen Regierungen müsse gesucht werden, um zu betonen, dass ein 4-jähriges Ausbildungsprogramm für Dentalhygieniker zu lang sei. - Fokussierung auf die Präventionsfunktion von Dentalhygienikern sollte eine Priorität darstellen. - Spricht die Möglichkeit an, eine umfassende Strategie zu entwickeln, um den Kostenfaktor der Angebotsseite des zahnärztlichen Berufsstandes zur Sprache zu bringen; Möglichkeit der Einsetzung einer Task Force in diesem Bereich. Darüber hinaus wird die Situation von Zahnärzten aus der EU oder aus Drittländern erörtert.	
Krunoslav Pavlovic	Berichtet über die Bemühungen im Zusammenhang mit der Schaffung einer neuen Zahnärztekammer in Slowenien (unabhängig von den Ärzten). Ersucht den CED um ein Unterstützungsschreiben in dieser Sache.	
Marco Landi	Der Vorstand werde, wie von Slowenien erbeten, ein Unterstützungsschreiben aufsetzen.	
15. Arbeitsgruppe Mundgesundheits		Berichterstatter: Henk Donker
Arbeitsdokument	• CED-Entschließungsentwurf zu Kostenträgern (CED-DOC-2018-030-E/D/F) • Bericht des Brüsseler Büros zum aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppe Mundgesundheits (CED-DOC-2018-034-E)	
Berichtet über a) den Entschließungsentwurf zur zahnärztlichen Berufsausübung und Kostenträgern in Europa; b) die Veranstaltung des CED zum Thema „Ungleichheit in der Mundgesundheits“ am 19. Juni im Europäischen Parlament unter der Schirmherrschaft von MdEP Nessa Childers und lädt die Mitglieder zur Teilnahme an der Veranstaltung ein, sofern sie sich nicht bereits dafür angemeldet hätten; c) die Arbeit der		

Arbeitsgruppe zum Thema Impfungen, einschließlich dem Beitrag zur Konsultation der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Impfskepsis.	
Doniphan Hammer	Erläutert die Änderungen, die auf Wunsch des CNSD an dem Entschließungsentwurf vorgenommen worden seien.
Beschluss	Die Entschließung Zahnärztliche Berufsausübung und Kostenträger in Europa wird einstimmig angenommen
16. Arbeitsgruppe E-Health	
Berichterstatte(rin): Piret Väli	
Arbeitsdokumente	Bericht des Brüsseler Büros über den aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppe E-Health (CED-DOC-2018-035-E)
Berichtet über: a) die Ergebnisse der CED-Umfrage zu eHealth; b) die Fortschritte bei der Arbeit an der CED-Entschließung zu eHealth; c) die Teilnahme des CED an dem Workshop in Portugal und die wichtigsten Ziele des eHealth Action Projektes; d) Ergebnis der Sitzung der eHealth Stakeholders Group und die künftigen Pläne der Gruppe.	
Präsident	Verweist auf die zunehmende Bedeutung von eHealth und die Datenmenge, mit der Zahnärzte sich befassen müssten.
17. BTF Antibiotika in der Zahnheilkunde	
Berichterstatte(rin): Susie Sanderson	
Arbeitsdokumente	Bericht des Brüsseler Büros über den aktuellen Sachstand der BTF Antibiotika in der Zahnheilkunde (CED-DOC-2018-036-E)
a) Betont die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie der FDI, jedoch auch anderen Fachverbänden im Gesundheitswesen. Teilt mit, dass die Antimicrobial Stewardship-Bibliothek jetzt im geschützten Mitgliederbereich der CED-Webseite online gestellt sei; b) unterrichtet die Mitglieder über die Problematik von Arzneimitteln in der Umwelt und die geplante Strategie der Kommission und ruft die Mitglieder dazu auf, die „Meddisposal“-Webseite zu besuchen, die vom CED unterstützt werde und Informationen über die Entsorgung von unverbrauchten oder abgelaufenen Arzneimitteln bereitstelle.	
18. BTF Binnenmarkt	
Berichterstatte(r): Alexander Tolmeijer	
Arbeitsdokument	- Bericht des Brüsseler Büros über den aktuellen Sachstand der BTF Binnenmarkt (CED-DOC-2018-037-E) - Endgültiger Wortlaut der Richtlinie über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen (CED-DOC-2018-039-E) - Offener Brief zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) an Präsident Juncker und Haushaltskommissar Oettinger (CED-DOC-2018-040-E) - Schreiben des niederländischen Gesundheitsministers zum Thema Dentalhygieniker (CED-DOC-2018-041-E)
a) Informiert über den aktuellen Stand der gesetzgeberischen Entwicklungen in der Frage der Verhältnismäßigkeitsprüfung, die ein gutes Beispiel für eine enge Zusammenarbeit mit anderen Fachverbänden im Gesundheitswesen sei; b) fragt die Mitglieder, ob der CED sich an der Erarbeitung der Definitionen für zahnärztliches Hilfspersonal wie etwa Hygienikern oder Therapeuten beteiligen sollte; c) teilt mit, dass die Datenschutz-Grundverordnung in verschiedenen Ländern unterschiedlich umgesetzt werde; z. B. Im Hinblick auf den Datenschutzbeauftragten. Überlegt, ob der CED definieren sollte, was eine kleine Praxis ist; d) erwähnt, dass der EU-Haushaltsentwurf ein geringeres Budget für Gesundheit vorsehe als der aktuelle Haushalt; e) schlägt vor, dass der CED eine Entschließung zu „Corporate Dentistry“ veröffentlichen sollte.	
Nikolai Sharkov	Hat an der Konferenz des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses über freie Berufe in Rom im Dezember 2017 teilgenommen, auf der das „Manifest der freien Berufe“ verabschiedet wurde, das auf der vom CED mitunterzeichneten „Gemeinsamen Charta der Freien Berufe“ basiert.
Marco Landi	Unterstreicht die Bedeutung, die das Engagement des CED zur Förderung der freien Berufe in der EU habe, angefangen mit der Arbeit, die von der BTF Freie Berufe bereits geleistet worden sei, insbesondere die Charta der freien Berufe; und die Unterstützung aller Entwicklungen seitens des EWSA in dieser Sache.
Roman Šmucler	Drängt auf eine Definition für kleine Praxen mit Blick auf den Schwellenwert für die Bestimmung eines Datenschutzbeauftragten und für verschiedene zahnärztliche Assistenzberufe.

Paulo Melo	Es gebe bereits eine CED-Entscheidung über das zahnärztliche Team, in der die Aufgaben jedes Berufs dargelegt seien. Der CED müsse bei der Erarbeitung einer Definition für kleine Praxen und den Schwellenwert für Datenschutzbeauftragte überlegt vorgehen, da dies die Diskussionen auf nationaler Ebene negativ beeinflussen könnte. Den Gesetzgebern sollte klar vor Augen geführt werden, dass die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten in Zahnarztpraxen nicht sinnvoll sei. Zudem stehe das "Recht auf Vergessenwerden" nicht im Einklang mit bestehenden Gesetzen über die Aufbewahrung von Patientenakten.
Präsident	Die bestehenden Leitlinien des CED zum Datenschutz basieren auf den aktuellen Rechtsdokumenten, und die Erarbeitung einer Definition könnte negative Folgen in Ländern haben, in denen die Verordnung mit größerer Nachsicht angewendet werde.
Sonstiges	
Die Österreichische Zahnärztekammer (ÖZÄK) freut sich darauf, die Vollversammlung im Mai 2019 in Wien begrüßen zu dürfen. Der Präsident ruft die Mitglieder dazu auf, das neue Büro zu besuchen, wenn sie in Brüssel sind.	
a) Termine und Orte der nächsten Sitzungen	
• 16. November 2018, Brüssel • 24.- 25. Mai 2019, Wien • 22. November 2019, Brüssel • Mai 2020, Ort und Datum werden noch festgelegt • November 2020, Ort und Datum werden noch festgelegt	

PRÄSIDENT

BRÜSSELER BÜRO
